Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 30	S0081/08	25.03.2008

zum/zur

A0016/08 CDU-Fraktion

Bezeichnung

Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	22.04.2008
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	29.05.2008
Verwaltungsausschuss	30.05.2008
Finanz- und Grundstücksausschuss	11.06.2008
Stadtrat	03.07.2008

Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich auf den Antrag der CDU-Ratsfraktion A0016/08 am 28. Januar 2008 beziehungsweise auf den Änderungsantrag A0016/08/01 der Fraktion Bündnis 90/die Grünen vom 13. Februar 2008.

Zu Nummer 1 des Antrages:

Aus Sicht der Verwaltung bedarf es keiner Änderung der Bekanntmachungssatzung, da bereits in der jetzigen Fassung eine so genannte Hinweisbekanntmachung in der Tageszeitung (Volksstimme) auf das Erscheinen eines Amtsblattes enthalten ist (§ 2 Abs. 3 der Bekanntmachungssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg).

Grundsätzlich wäre es organisatorisch möglich, statt einer Hinweisbekanntmachung durch eine Pressemitteilung auf das Erscheinen einer aktuellen Ausgabe des Amtsblattes und seinen wesentlichen Inhalt hinzuweisen. Eine Presseinformation wäre im Gegensatz zu einer Hinweisbekanntmachung zwar kostenfrei.

Allerdings liegt die Entscheidung über die Veröffentlichung von Presseinformationen der Stadt in Gänze oder in Auszügen (oder überhaupt) aufgrund der Pressefreiheit ausschließlich im Ermessen der Redaktionen.

Aus der Erfahrung mit Presseinformationen derartigen Inhalts muss davon ausgegangen werden, dass diese kaum oder sehr stark gekürzt veröffentlicht werden.

Im Hinblick darauf, dass die Wirksamkeit der Stadtratsbeschlüsse und des Ortsrechts von einer ordnungsgemäßen Bekanntmachung abhängen, kann dieses Risiko nicht eingegangen werden. Die bewährte Form der Hinweisbekanntmachung muss deshalb beibehalten werden, weil die Stadt nur so den unmittelbaren Einfluss auf den genauen Wortlaut der Bekanntmachung behält und die Authentizität gewährleistet bleibt.

Eine Presseinformation kann daher einer Hinweisbekanntmachung nicht ersetzen.

Ergänzend ist auszuführen, dass zusätzlich eine Presseinformation bereits über das Internet erfolgt; mit einem direkten Link auf das Ratsinformationssystem.

Zu Nummer 2 des Antrages:

Diese alternativ vorgeschlagene Verfahrensweise wird, wie oben dargestellt, bereits derzeit in der Landeshauptstadt praktiziert.

Ein Aushang wird ebenfalls nach der aktuellen Bekanntmachungssatzung durchgeführt.

Zu den Nummern 3 und 4 des Antrages:

Nach geltendem Recht erfolgt die Sitzungsbekanntmachung im Sinne von § 50 Absatz 4 der Gemeindeordnung LSA zurzeit in der Volksstimme und durch öffentlichen Aushang am Rathaus (§ 4 Bekanntmachungssatzung).

Derartige Presseinformationen im Sinne des Antrages werden bereits jetzt wöchentlich an die Medien gegeben, allerdings ohne die Tagesordnungen, sondern lediglich mit dem Hinweis auf das Ratsinformationssystem. Auch auf der Startseite der Landeshauptstadt Magdeburg im Internet (magdeburg.de) gibt es seit längerer Zeit die Rubrik "Diese Woche in Stadtrat und Ausschüssen", in der auf die aktuellen Gremiensitzungen hingewiesen und zum Ratsinformationssystem verlinkt wird.

Die von der Stadt jeweils montags herausgegebenen Presseinformationen zu den Gremiensitzungen dienen den Redaktionen (insbesondere der Volksstimme) offensichtlich vor allem für die internen Planungen (z.B. bezüglich der Teilnahme von Redakteuren an Gremiensitzungen). Veröffentlichungen dazu sind die absolute Ausnahme.

Zu Nummer 5 des Antrages:

Auch dieser Antrag ist obsolet, weil ein öffentlicher Aushang bereits nach der jetzigen Bekanntmachungssatzung stattfindet.

Ebenso wird auch im Internet seit langem an exponierter Stelle und mehrfach auf sämtliche Gremiensitzungen hingewiesen.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es keinen Erweiterungsbedarf.

Ergänzend ist auszuführen, dass die Verwaltung unabhängig vom Antrag 0016/08 einen Drucksachenentwurf zur Änderung der Bekanntmachungssatzung ausgearbeitet hatte. Dieser Entwurf soll zur Vermeidung von Überschneidungen zeitgleich in den jeweiligen Ausschusssitzungen behandelt werden.

Der Entwurf der Verwaltung sieht insbesondere vor, dass die bisher in der Volksstimme veröffentlichte Sitzungsbekanntmachung aus Kostenersparnisgründen und zur Verringerung von Verwaltungsaufwand nunmehr auch (wie auch sonst sämtliche öffentliche Bekanntmachungen) im Amtsblatt erfolgt.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache DS 0117/08 verwiesen, welche ebenfalls Bestandteil der Tagesordnung ist.

Zum Änderungsantrag 0016/08/1:

Es sollte geprüft werden, inwieweit es rechtlich möglich und finanziell vertretbar sei, ein werbefinanziertes Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg herauszugeben.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist dies rechtlich umsetzbar.
Hinsichtlich der praktischen Umsetzung und der finanziellen Vertretbarkeit wird sie Verwaltung im Rahmen einer eingehenden Untersuchung umfassend recherchieren, um die vielfältigen Möglichkeiten auszuloten.

Nach Abschluss der Auswertung dieser Untersuchung erfolgt eine Information an den Stadtrat.

Diese Stellungnahme ist zwischen Amt 13 und Amt 30 abgestimmt.

Holger Platz